

Bezugspreis:
Blattpreis 20 Pf. monatlich 10.-
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Vollbezug: Monatlich 10.-
einschl.
Postgebühren.
Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar-
und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 12.-
für
das übrige Ausland 15.-
Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tirol, Slowakei, Dänem-
ark, Holland, Estland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Golf und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Golfwelt“ und der
Beilage „Golfwelt und Reitgarten“
erscheint wochentags zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Vorwärts 15195-97
Expedition Vorwärts 11753-54

Mittwoch, den 31. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Vorwärts 11753-54

Fort mit dem Spuk!

In einem heffischen Dorfe soll es gewesen sein. Vor
einigen Jahren einmal. Da fing es nachts an zu spuken.
Gläser und Geschirre flogen durch die Luft und meist den er-
schrockenen Bewohnern an den Kopf, Gespenster wandelten in
weißen Laken und stießen schreckliches Gewimmer aus. Das
ganze Dorf war von Schrecken erfaßt. Bis ein paar beherzte
Männer sich entschlossen, einmal der Sache auf den Grund zu
gehen. Sie faßten denn auch richtig ein paar sehr lebendige
Burschen, als diese gerade mit weißen Bettlaken verumhüllt in
eine Bodenluke stiegen, wo ihr Vorrat an Burgeschossen auf-
gepöckelt lag, verabreichten ihnen einen gehörigen Denzettel,
und seitdem hatte es im Dorfe ein für allemal ausgespuht.

In Deutschland spukt es seit mehr als zwei
Jahren. Die Gespenster der Vergangenheit gehen bei hell-
lichem Tage um. Sie können sich nicht damit abfinden, daß sie
tot, im Strom der Geschichte begraben sind. In Potsdam, im
Stadion, auf Kasernenhöfen veranstalten sie Prozessionen. In
der alten Gespenstertracht. Aber das genügt ihnen nicht, sie
veranstalten auch ernsthafte Störungen. Nur daß sie nicht wie
die heffischen Dorfgespenster mit harmlosen Bierseideln werfen,
ihre Geschosse sind die Kugeln des Reuchelmsörders.

Das deutsche Volk hat sich diesen Spuk eine Zeitlang ange-
sehen. Erst verwundert, daß so etwas überhaupt möglich sei,
dann mit steigender Entrüstung. Aber jetzt ist das Maß über-
gelaufen. In seinen breitesten Schichten ist das Volk ent-
schlossen, dem Gespenstertreiben in Deutschland ein für allemal
ein Ende zu machen. Das lebendige Geschlecht
Deutschlands tritt heute an, Mann für Mann, Frau für
Frau, um zu zeigen, daß Deutschland den Lebenden ge-
hören soll und nicht den Gespenstern der Vergangenheit.

Eine Willenskundgebung ist es, in der sich heute
die gesamte republikanische Bevölkerung erhebt. Eine War-
nung für alle, die sie etwa nicht verstehen wollen. Das wert-
tätige Volk Deutschlands spricht heute klar und deutlich aus, daß
es nicht einen Tag mehr gefonnen ist, sich die monarchistischen
Provokationen und Mordtaten gefallen zu lassen. Das wert-
tätige Volk spricht aus, daß es mit unerschütterlicher Ent-
schlossenheit zum Schutze der Republik bereit steht und
jeden Schlag gegen die durch Volkswillen geschaffene Regie-
rungsform mit einem zehnfach wuchtigeren Gegen-
schlag gegen seine Urheber beantworten wird.

Die Demonstration ist eine Warnung an die Gegner
der Republik, eine Mahnung an ihre Freunde. Wir
mahnen alle Freunde der Republik, ihre Gesinnung nicht zag
und schwächlich im Busen zu bewahren, sondern sie eben so
offen und frohig zu zeigen, wie unsere Gegner uns
das bei ihren monarchistischen Demonstrationen vorgemacht
haben. Wir mahnen die republikanischen Beamten
und Angehörigen der Wehrmacht und Polizei,
die vielfach unter dem reaktionären Terror ihrer Kollegen und
Vorgesetzten zu leiden haben, sich auf das entschiedenste
zur Wehr zu setzen, indem wir ihnen geloben, daß das ganze
werttätige Volk ihnen in diesem Kampfe zur Seite
stehen wird. Wir mahnen die Freunde der Republik, dort,
wo sie in der Minderheit sind, nicht den Mut sinken zu lassen,
indem wir ihnen zeigen, daß an viel zahlreicheren Orten die
Freunde der Republik die gewalttätige Mehrheit bilden.
Wir mahnen vor allen Dingen aber, indem wir unsere Demon-
stration gemeinschaftlich mit all denen veranstalten,
die ehrlich die heutige Staatsform zu schätzen
bereit sind, alle Freunde der Republik ohne
Unterschied zur Einigkeit. Wir mahnen sie, schäd-
liche und überflüssige Zwietracht zu unterlassen, wir mahnen
sie, den selbstmörderischen Bruderkampfeinstellen,
der erst das Aufleben der monarchistischen Gespenster
ermöglicht hat. Wir mahnen sie, sich nicht Feinde in den
eigenen Reihen einzubilden, sondern die Front dorthin zu
rücken, wo der wirkliche Feind der Freiheit und des wert-
tätigen Volkes steht: gegen rechts.

Wir mahnen auch die unruhigen Geister auf der äußer-
sten Linken, endlich diese Gefahr zu erkennen und uns in
dem Kampfe gegen rechts zu unterstützen, anstatt durch gewalt-
tätigen Ansturm gegen die Republik von links her den Reaktio-
nären immer wieder das Rettungsrädeln in verzweifelter
Situation zuzuwenden. Bei der entschlossenen Haltung des
Volkes ist der Kampf gegen die Reaktion heute in jeder Be-
ziehung ausichtsreich. Die zur „Einheitsfront der
Freiheit“ ins Maulloch zusammengetrockneten Reaktionsäre
haben nur noch eine Hoffnung: daß ihnen kommu-
nistische Unüberlegtheiten und Geschick-
lichkeiten überwältigende Mehrheit im Lager der sozialistischen
Parteien vereinigt ist, verlannt mit aller Entschiedenheit von
den Kommunisten, daß sie nicht wieder, wie leider schon so oft,
dem Kampfe gegen die Reaktion in den Rücken fallen.

Sie wird furchtbar mit denen abrechnen, die es wagen sollten,
durch putschistische Wahnsinnsstreichre wiederum das Prole-
tariat um den Sieg zu bringen.

Vor allem aber richtet sich die Mahnung der heutigen
Demonstration an die Regierung. Was die Reichs-
regierung bisher im Kampfe gegen den Rechtsbolschewismus
getan hat, findet die Billigung der werttätigen Bevölke-
rung. Die Reichsregierung hat eine Verordnung gegen die
systematische Verhöhnung und Untergrabung der Republik
erlassen und bisher auf Grund dieser Verordnung zehn rechts-
bolschewistische Blätter mit dem Verbot belegt. Gut. Sie hat
den monarchistischen Provokateuren das Tragen der Uniform
verboten. Gut. Sie wird nach glaubhaften Ankündigungen
der Reichswehr die Teilnahme an nationalistischen Feiern
unterlagen. Gut. Sie hat den Belagerungszustand in Mittel-
deutschland restlos beseitigt. Gut. Aber sie darf in keinem
Falle auf halbem Wege stehen bleiben. Sie möge sich
das Wortes erinnern:

Greif niemals in ein Wespennest,
doch wenn Du greiffst, dann greife fest!

Wird der feste Griff gegen die Reaktion gelockert, so wird
die Regierung nur schmerzhaft und blamable Wespensstiche
davontragen. — Noch stützt sich in Rahr-Bayern eine im
Geiste monarchistische Regierung auf die Beremigung
des Belagerungszustandes. Noch findet die Reaktion
wirksame Stützpunkte in einem innerlich ihr geistesverwandten
Berufsrichtertum, in einer reaktionären Fronde
von Geheimräten und höheren Beamten. Der einmal
beschränkte Weg des Kampfes gegen diese Clique, mag sie sich
jetzt auch maukerei stellen, muß mit äußerster Ent-
schiedenheit zu Ende gegangen werden. Solange die Re-
gierung diesen Weg geht, wird sie die werttätige Bevölkerung
der organisierten Geistes- und Handarbeiter geschlossen
hinter sich haben.

Die Reaktion mag heute heulend und wimmernd ihre Un-
schuld an den Mordtaten beteuern. Die Mörder selber
würden ihr wohl hohnlachend dieselben Worte entgegen-
schleudern, die in Schillers Wallenstein der Mörder
Butler dem Anführer des Mordes, dem Grafen Ottavio
Piccolomini, ins Gesicht ruft:

Der einzige Unterschied ist zwischen Eurem
und meinem Tun: Ihr habt den Pfeil geschärft,
ich hab' ihn abgedrückt. Ihr fäet Blut
und steht bestürzt, daß Blut ist ausgegangen.

Die gesamte Reaktion ist mit schwerster Blutschuld beladen.
Ihr künden wir schärfsten und schonungslosen Kampfe an. Fort
mit den Gespenstern der Vergangenheit, Freiheit und Lebens-
lust in der Republik für das ganze deutsche Volk!

Wer beging politische Morde?

Nach jedem nationalistischen Reuchelmord versucht die Rechts-
presse daselbe Ablenkungsmanöver, indem sie auf die angeblichen
„zahllosen“ Morde hinweist, die seit der Revolution von Linksparteien
begangen sein sollen. Es ist hier wieder eine ähnliche Geschichts-
legende wie die Dolchstoßlegende im Werden, die mit den Mitteln der
insamsten Lüge gespeist wird. So, wenn Herr Reinhold Wulle,
der andere Leute, „Heuchler“ tituliert, wörtlich schreibt:

„Die Gemahlin des Stageraal-Siegers, des
Admirals v. Scheer, wird ermordet, nur einem Zufall ver-
dankte der Admiral sein Leben. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt
aus dem Verbrecheralbum der Linken.“

Die Gattin des Admirals v. Scheer ist bekanntlich gemeinen
Raubmörder zum Opfer gefallen, deren Tat mit Pollak nicht das
mindeste zu tun hatte. Nächstens werden wohl auch noch der Massen-
mörder Schumann und der Luftmörder Grohmann zur Verant-
wortung des „Verbrecheralbums der Linken“ herangezogen werden!

Eine weniger perfide, aber ebenso bewusste Verdrehung ist
es, wenn man Leute, die im offenen Kampfe gefallen sind, in der
Büste der „Ermordeten“ aufführt. Unter politischen Morden können
selbstverständlich nur wirkliche Mordhandlungen registriert
werden, die mit kaltem Blut und unter sorgfältiger Aus-
wahl der Opfer gegen Personen verübt worden sind, die der Mörder
wegen ihrer besonderen politischen Stellung aus der
Welt schaffen wollte.

Solche politischen Morde an Führern der Rechten sind seit der
Revolution und auch vor der Revolution von linker Seite in kei-
nem einzigen Falle begangen worden. Man nenne uns einen
einigen politischen Führer der Rechtsparteien, der das Opfer eines
Reuchelmordes geworden wäre. Einen einzigen nur! Es gibt
keinen. Ludendorff, Helfferich, Hergt, Westarp, Reventlaw usw.
erfreuen sich alle der besten Gesundheit. Kein Mensch hat ihnen
an das Leben getastet.

Von kommunistischer Seite sind allerdings eine Anzahl
Morde begangen worden, manche darunter in recht bestialischer Weise.
Sie standen aber fast alle in Zusammenhang mit gleichzeitigen Kämp-
fen und Unruhen; unter den Ermordeten findet sich keine einzige
führende Persönlichkeit der Rechten. Die beiden einzigen politi-
schen Morde der Kommunisten sind an sozialdemokrati-
schen Führer verübt worden, nämlich die Ermordung des sächsi-
schen Kriegsministers Reuring und der Mordversuch an dem Ab-
geordneten Kuer. Die sicher aufs tieffte zu verabscheuenden Geisel-
morde entstanden in der Siedehitze des blutigen Bürgerkrieges. Poli-
tisch führende Persönlichkeiten waren auch hier unter den Er-
mordeten nicht. Im übrigen ist damals in München von beiden
Seiten furchtbar gemordet worden; der Geiselmord hat sein Gegen-
stück in der Ermordung der 21 katholischen Gesellen, in der
Ermordung Danbauers, Eglhofers und Sonthheimers und circa 150
Zivilisten, die in der Statistik als „tödlich verunglückt“, nicht als im
Kampfe gefallen aufgeführt werden. Es liegt uns nichts ferner, als
die kommunistischen Untaten zu beschönigen. Aber vorbedachte
Morde an politischen Führern der Rechten, in der Art des jetzigen
Mordes an Erzberger, haben die Kommunisten nicht auf dem
Bewissen.

Von sozialdemokratischer Seite sind in Deutschland
überhaupt keinerlei Bluttaten begangen worden. Wer
uns vorwirft, die Atmosphäre des Mordes geschaffen zu haben, der
sagt wider besseres Wissen. Wir fordern die Rechtspresse auf, auch
nur eine von sozialdemokratischer Seite in Deutschland begangene
Bluttat nachzuweisen. Es wird ihr ebenfowenig gelingen, wie einem
ermordeten politischen Führer der Rechten nachhaft zu machen.

Vorbedachte Morde an politischen Führern hat allein
die nationalistische Seite begangen. Auf ihr Konto fällt der Mord
an Eisner, die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs,
der versuchte und der geglückte Mord an Erz-
berger, die Ermordung Gareis'.

Diese Feststellung ist unerschütterlich. Keine Geschichtsfälschung
der Reaktionäre kann sie aus der Welt schaffen.

Als Maßstab für die Mordeuche können auch die Feststellungen
in der hier schon besprochenen Schrift „Zwei Jahre Mord“ von
S. Gumbel dienen. Gumbel berechnet die Zahl der von rechts be-
gangenen politischen Morde seit der Revolution auf 318, der von
links begangenen auf 16, wobei er allerdings alle widerrechtlichen
Tötungen miteinrechnet, die anlässlich von Aufständen usw. begangen
worden sind, nicht jedoch die Todesopfer der Kämpfe selber. Wie
haben seinerzeit ausgeführt, daß Einzelheiten der Schrift ansichtbar
sind, im ganzen gibt sie jedoch ein richtiges Bild. Die politischen
Morde von rechts überwiegen die von links ganz ungeheuer. Das
Interessanteste ist nun, daß die von links begangenen Taten fast
alle gesühnt sind, im ganzen mit 8 Todesurteilen und
230 Jahren Freiheitsstrafe, meist Zuchthaus. Dagegen sind die von
rechts begangenen politischen Morde fast alle ungesühnt ge-
blieben, den 318 Morden steht als gerichtliche Gesamtstrafe nur
gegenüber eine lebenslängliche Festungshaft (Graf Arco Valles) und
31 Jahre 3 Monate zeitliche Freiheitsstrafe. Davon entfallen allein
29 Jahre auf die Mörder der 21 katholischen Gesellen in München.
In sämtlichen anderen Fällen sind gar keine Strafen oder nur ganz
lächerlich geringe verhängt worden.

Hindenburgs „teuflische“ Absichten.

Riesengroß in Gelfsuhritten gegen den ermordeten Erzberger
zeigt sich die schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“.
Kein Wunder, wenn man bedenkt, wie gerade dieses Blatt und die
hinter ihm stehenden Interessentkreise gegen die Erzbergerischen
Besitzverhältnisse gekämpft haben. Für das Maß der Verleumdungs-
sucht nur eine Probe. Als größtes Verbrechen seines Lebens wird
Erzberger die Unterzeichnung des Waffenstillstandes im Walde von
Compiegne angerechnet. Dazu schreibt das schwerindustrielle Blatt
(Nr. 706 vom 27. August) in leicht erkennbarer Spekulation auf
die Gedächtnisschwäche seiner Leser:

Wir können diese Untat nur auffassen als die selbstbewusste
teuflische Absicht, Preußen und das Haus Hohenzollern in den
Abgrund zu stoßen.

Ehe Erzberger den Waffenstillstand unterzeichnete, holte er be-
kanntlich Hindenburg telegraphisch um seine Meinung ersucht.
Unter dem 10. November 1918 telegraphierte Hindenburg zurück,
Erzberger solle versuchen, in einer Anzahl von Punkten Widerun-
gen durchzuführen. Aber — so schloß das Telegramm:

Können diese Punkte nicht durchgeführt werden, so wäre
gleichwohl zu unterzeichnen.

Wenn Erzberger aus teuflischen Absichten unterzeichnet hat, so
muß damals Hindenburg die gleichen teuflischen Absichten gehabt
haben!

„Man muß der Bestie den Zaum anlegen!“

Die „Kreuzzeitung“ fñhlt sich einigermaßen bedrñckt durch die Tatsache, daß der „Vorwärts“ zur Begrñndung der notwendig gewordenen Maßnahmen gegen die reaktionäre Gewalthehe auch ein Zitat aus ihren Spalten mitherangezogen hat. Ihre Verteidigungsvorlesungen zeigen den großen Wandel der Zeit, denn Jahrzehnte hindurch war es gerade die „Kreuzzeitung“, die im Chor der reaktionären Presse am lautesten alle möglichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen sozialdemokratische und demokratische Bestrebungen gefordert hatte. Dafür seien aus der langen Geschichte des reaktionären Hauptorgans einige Beispiele herausgegriffen.

Im Winter 1902 versuchte die Sozialdemokratie unter Anwendung vollkommen gesetzlicher Mittel die Bornahme von Neuwahlen vor Erledigung des hochgradigen Zolltarifs durch den Reichstag durchzuführen. Es war kein Putsch à la Kapp, kein Mord wie der an Erzberger passiert, die bloße Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion mit geschäftsordnungsmäßigen Mitteln für eine spätere Verabschiedung des Zolltarifs kämpfte, gab der „Kreuzzeitung“ Anlaß, am 1. Dezember 1902 folgendes zu schreiben:

Was wir gegenwärtig im Reichstag erleben, ist nur ein kleines Vorspiel von dem, was kommen müßte, wenn wir es geschehen ließen, daß sich die sozialdemokratischen Wahlen mit ihrem freisinnigen Anhängel mit der zerketteten Zolltarifvorlage in der Hand laut johlend in den Wahlkampf stürzten. Nein, kein, il faut museler la bête, man muß der Bestie den Zaum anlegen, solange es noch Zeit ist.

Am 23. Oktober 1910 las man in der „Kreuzzeitung“ aus Anlaß eines unbedeutenden Polizeikrawalls am Wedding das folgende:

Wir bedürfen scharfer, bis zur Vernichtung gehender Ausnahmemassregeln, wie wir sie ähnlich schon gehabt und in einer unheilvollen Stunde leider zu früh wieder aufgegeben haben; und wir bedürfen zu ihrer Durchführung einer nervensarken, unerschütterlich festen, zielbewahnten Regierung, wie sie unser großer Kaiser in der Konfliktzeit in Männern wie Bismarck und Roos zur Seite hatte.

Von besonders aktuellem Reiz ist auch, sich dessen zu erinnern, wie das heute um die Pressefreiheit lebhaft besorgte Blatt Mitteilungsgehalt zu seinen Zwecken auszubenten verstand. Am 4. Mai 1913 geschah es in Mannheim, daß ein abgewiesener Wittsteller namens Jung auf den Wagen des badischen Großherzogs sprang und daß im Besitze dieses Mannes, der keiner politischen Partei angehörte (im Besitze, d. h. zugeklappt in der Tasche), ein gewöhnliches Taschenmesser gefunden wurde. Jung wurde als unheilbar geisteskrank erkannt und einer Irrenanstalt überwiesen. Aber am 5. Mai 1913 schrieb die „Kreuzzeitung“:

Wieder ist durch die göttliche Vorsehung ein verbrecherischer Anschlag auf ein gekröntes Haupt verhñtet worden. Jedem Monarchisten gibt dieser neue Fall aber Grund zum Nachdenken. Auch diesmal, wie bei den Attentaten auf den König von Griechenland und König Alfonso von Spanien, bezieht sich die demokratische Presse, den Täter als geisteskrank hinzustellen. Gewiß zeugt die Art des Angriffs des Lapezierers Jung nicht von Intelligenz, finden jedoch in dem Hirn eines geistig minderwertigen die Vernichtungsdein der Propaganda der Tat einmal Eingang, so wirken sie erst recht gefährlich. Der Täter ist Anarchist, das steht bereits fest. Die Verantwortung für derartige Verbrechen fällt aber nicht nur dem internationalen Anarchismus zu, die Sozialdemokratie und die Demokratie bereitet ihm den Boden vor. Die Gefahr geht gegen König, Staat und Gesellschaft, gegen die Religion und alles, was Autorität heißt, erzeugt diesen Haß, der schließlich zum Fanatismus wird.

In der heutigen Nummer der „Kreuzzeitung“ finden wir nun die Worte: „Wir denunzieren ungern.“ Das zeigt, daß die Erziehungsmaßnahmen, die die „Kreuzzeitung“ stets aus den wichtigsten Ursachen für andere emp-

fohlen hat, bei ihr selbst den fruchtbarsten Boden finden. Denn vordem hat es keine Zeitung in Deutschland gegeben, die so oft, so gern, so bössartig und so verlogenen denunzierte wie gerade die „Kreuzzeitung“.

„Man muß der Bestie den Zaum anlegen!“

Jaurès — Caillaux — Erzberger.

Die Deutschnationalen können sich nicht genug darüber „entrñsten“, daß die gesamte republikanische Presse vom „Vorwärts“ und von der „Freiheit“ bis zum „Berliner Tageblatt“ und zur „Germania“ sie als die intellektuellen Mörder Erzbergers bezeichnet. Haben sie aber jemals dagegen protestiert, als wir behaupteten, daß die französische nationalistische Presse die geistige Schuld an der Ermordung von Jean Jaurès am Vorabend des Kriegsausbruchs trägt? Nun, die beiden Fällen liegen ganz ähnlich, nur mit dem Unterschied, daß die Heße der deutschen Nationalisten gegen Erzberger jene ihrer französischen Gesinnungsgenossen an Gemeinheit, Rohheit und Feindseligkeit in der Aufforderung zum Mordelend weit übertraf. Die gleiche Mordheße, die eine gewisse Pariser Journaliste gegen Jaurès führte, richtete sie auch gegen Caillaux. Während aber in Jaurès der Anwalt des proletarischen Internationalismus getroffen werden sollte, war der Zweck der Heße gegen Caillaux die Beseitigung der bürgerlichen Pazifisten und vor allem die Unschädlichmachung des Verfechters der demokratischen und sozialen Steuererhebung. Und es ist sogar festgestellt worden, daß Jaurès Mörder Raoul Villain es auch auf Caillaux abgesehen und ihn zwei volle Tage vor der Mordtat an Jaurès vergebens gesucht hatte.

Ueber die Beweggründe dieses wilden Hasses der besitzenden Klassen gegen ihn gibt Caillaux in seinem Memoirenbuch „Meine Gefangenschaft“ folgende Erklärungen, die wir im „Vorwärts“ vom 1. Juni dieses Jahres abdruckten:

„Ich bereitete die Neugestaltung der Zuckersteuer vor, und schon damit schuf ich die Umrisse einer Politik fiskalischer Erneuerung, die ich unaufhörlich fortentwickeln mußte und deren charakteristische Merkmale waren: Herabminderung der Steuern auf die Artikel des unmittelbaren Bedarfs, erhöhte Besteuerung der vermögenden Klassen. Seitdem ist mir der Krieg erklärt worden von allen, die nicht begreifen wollen, daß man die Forste nur unter der Bedingung gesund halten kann, daß man das morsiche Holz heraus schlägt, selbst von allen, die dunkel die Notwendigkeit von Reformen einsehen und sich dennoch mit einem verzweifelten Egoismus an die Vorteile klammern, die sie in Händen halten. . . . Um der Umgestaltung vorzubeugen, um zum mindesten ihre Fälligkeitstermine hinauszuzögern, ist der Vermögende niederknien, der einen Neubau des alten fiskalischen Hauses im Schilde führt, das so bequem für die Ruhe der Groß-Bourgeoisie eingerichtet war. Alle Hebel sollen in Bewegung gesetzt werden zu diesem Ziel und Ende.“

Und damals, am 1. Juni d. J., schrieben wir im Anschluß an dieses Zitat:

„Unwillkürlich drängt sich bei dieser Schilderung, deren historische Wahrheit unanfechtbar ist, der Vergleich mit einem Manne, der bei uns ebenfalls zur Zielscheibe der konzentrischen Angriffe des reaktionären, steuerfeindlichen Großkapitalismus wurde: Erzberger! Gewiß steht der französische Staatsmann, den man vielleicht als den gründlichsten Finanz- und Steuerfachmann der ganzen Welt ansehen kann, in diesen Beziehungen weit über dem deutschen Zentrumsführer. Indessen ist eine Analogie zwischen den beiden Fällen Caillaux und Erzberger unverkennbar.

Diese Ähnlichkeit wird nun durch den Umstand vervollständigt, daß die Reaktion in den beiden Ländern den Deckmantel des Patriotismus benutzte, um sich ihres jeweiligen Gegners zu entledigen. Das eigentliche Kesseltreiben der Reaktionäre gegen Erzberger datiert von der Zeit der Friedensresolution und der Bekämpfung des U-Boot-Bahnwagens und verstärkte sich nach der Einbringung der demokratischen Steuererhebung, die eine unvermeidliche Folge des Zusammenbruches waren. Die im Sommer 1917 Schloß zu überführen. Dabei ist der Versuch gemacht worden, zum erstenmal zwischen Schau- und Studiensammlungen zu scheiden, und diese strenge Trennung ergab sich ganz von selbst, da die Prozeduren unmöglich in der üblichen museumsmäßigen Dichtigkeit mit Sammlungsgegenständen besetzt werden konnten. Bei dieser Art der Aufstellung mußte aber auf eine stilgeschichtliche Entwicklung verzichtet werden. Ueber die Frage, in welcher Reihenfolge die Kunstgegenstände in diese oder jene Räume eingeordnet werden müssen, hat im Schloßmuseum weniger der Direktor zu bestimmen, als vielmehr die Architekten Schlüter, Hofander, Gontard und Erdmannsdorf, die nicht mehr mit sich reden lassen.“

Nach diesen Weisungen der Innendekoration beginnt denn auch das Museum im Erdgeschoß mit den Spätstilen des 18. Jahrhunderts, denn die zwei mit wundervollen Beauvois-Teppichen von Boucher bespannten Haupträume zeigen unweigerlich das französische Kunstgewerbe der Louis XV. und Louis XVI.-Zeit an sich. Die Gruppe wird durch zwei Zimmer mit deutschem und niederländischem Rokoko abgerundet, und danach erst folgt das romanische und gotische Mittelalter, das eigentlich der Zeit noch am Anfang stehen müßte. Daron schließt sich die rheinische und niederländische Renaissance. Im Mittelgeschoß hat wieder eine durch zwei Säle gehende Folge von französischen Gobelins das französische Kunstgewerbe der Renaissance und des Barocks um sich gesammelt. In die lange Flucht der von Gontard und Erdmannsdorf ausgestatteten Königstammern sind Möbel des späten Rokoko und des Berliner Klassizismus verteilt; mit ihnen geht die Sammlung des Berliner Porzellans zusammen. Der neuklassische Säulensaal hat eine Auswahl von Eisenstatuetten und Geräten der Berliner Eisenindustrie aufgenommen, und der anstoßende von Schadow dekorierte Parolensaal ist der Skulptur gewidmet.

Im zweiten Stockwerk beginnt die Museumsammlung in dem nördlichen Endflügel der Galerie des Weißen Saales mit Emailmalereien des 16. Jahrhunderts. Die Kunstgegenstände, unter ihnen der berühmte Kommerische Kunstschrank, die in der Barockarchitektur der Paraderäume aufgestellt sind, geminnen gerade durch diese prunkvolle Umgebung neues Leben. In der großen, mit sechs Mercer-Teppichen aus der Geschichte des Großen Kurfürsten ausgestatteten Galerie wurde die Schauausstellung der deutschen Gläser untergebracht, und die beiden nach Süden gelegenen Salons nahmen die alten Kostüme, Schmuckstücke usw. auf. In den Festräumen des Schloßbauens beschränkte man sich auf die Unterbringung einzelner Sammlungsgruppen, wie Eisenbeschmückereien, Bernsteinerarbeiten, Barockflöten, Edelstein usw. Im Nittersaal wurden die Goldschmiedearbeiten aufgestellt. Die sogenannte Braunschweiger Galerie mit ihren Spiegelbildern hat den besten Platz für das deutsche Porzellan, während alle weiteren Zimmer an der Spreeseite der Studiensammlung vorbehalten blieben. Der Schweizer Saal nimmt die Dosen und Kacheln auf, und die sich südwärts anschließenden Räume sind der süddeutschen Renaissance und dem süddeutschen Barock gewidmet. Eine der Kunst des islamischen Orients gewidmete Galerie bildet den Uebergang zu der letzten großen Abteilung des Schloßmuseums, die die Werke der italienischen Renaissance umfaßt.

entstandene Heße gipfelte schließlich in dem Moabitler Prozeß und Revolverattentat.“

Wir sollten leider in unserem Vergleich weit mehr recht behalten, als wir es damals dachten: die Moabitler Revolverattentat waren nur eine Etappe der deutschnationalen Mordheße gegen Erzberger: der wirkliche Gipfel ist erst am Freitag in Griesbach erreicht worden. Indessen stellen wir fest, daß damals, als diese Feilen im „Vorwärts“ erschienen, kein rechtsstehendes Blatt auch nur mit einem Worte gegen diesen Vergleich Verwahrung einlegte. Es wäre den Herrschaften auch schwer gefallen, die geistige Ähnlichkeit zwischen ihnen und der Pariser Mordjournaliste abzuleugnen.

Sie protestieren!

Die Richter in Essen haben an den Reichsoffizier, an das Preussische Ministerium und an den Justizminister eine Kundgebung gerichtet, in der sie die Angriffe auf die Strafrechts-pflege protestieren, die aus Anlaß der Ermordung Erzbergers neu erhoben werden. Sie behaupten, daß deutsche Richter nie mit zweierlei Maß messen und daß kein deutscher Richter sich anders als von seiner Pflicht leiten lassen werde, die von ihm beschworene neue Verfassung zu schützen, sowohl gegen auf Anarchie hinstrebende Bestrebungen als auch gegen Veruche, ein Stück abgelaufener Geschichte wiederherzustellen. . . .

Wenn das letztere richtig sein sollte, so wäre das immerhin schon ein bemerkenswerter Erfolg des erwachenden republikanischen Gedankens. Bisher allerdings hören wir nur die Botschaft, aber uns fehlt der Glaube. . . .

Auch die Offiziere protestieren. Der „Reichsoffiziersbund 1920“, der „Nationalverband Deutscher Offiziere“ und der „Deutsche Offiziersbund“ lassen eine öffentliche Erklärung vom Stapel, in der sie gegen die „neue Welle der Verheerung gegen alles, was früher dem Vaterland als Soldat gedient hat“, protestieren und die Regierung auffordern, gegen alle, die neue Unruhe und neues Angst über unser Volk bringen, unachtsamlich und unparteilich einzuschreiten. Zum Schluß heißt es:

„Von unseren Volksgenossen erwarten wir, daß sie endlich von den gewissenlosen Hebern und ihrer Presse abrücken und die Achtung vor der ehelichen Ueberzeugung Andersdenkender bewahren.“

Wenn man annehmen wollte, daß dieser Satz sich gegen die gewissenlosen monarchistischen Heber und ihre Presse richtete, wäre man allerdings auf dem Holzwege. Die Offiziersbünde meinen selbstverständlich allein die republikanische Seite, insbesondere richtet sich ihr Zorn gegen die Arbeiterdemonstrationen. Es spricht ein großes Maß von Unehrlichkeit aus der Behauptung, daß die Angriffe gegen reaktionäre Offiziere sich „gegen alles“ richten, was „früher dem Vaterland als Soldat gedient“ hat. Die Millionen, die als Soldaten im Felde standen, stehen zu ihrem überwiegenden Teile im Gegensatz zu der Auffassung der Offiziere, die sich von jeher von der Volksgemeinschaft auszuschließen bestrebt waren. Diese Tatsache zu vermissen, soll den Wunden auch jetzt nicht gelingen.

Ganz nach altem Muster!

Aus Potsdam wird uns geschrieben:

Am Montag nachmittag veranstalteten die ehemaligen Offiziere des ehemaligen 1. Garderegiments ihr alljährliches Adlerschießen, das mit einer St.-Quentin-Feier verbunden wurde. Diese Feier wurde ganz nach dem Muster der Vorkriegszeit ausgestellt. Die erste Kompanie des Reichswehregiments Nr. 9 war als „Ehrenkompanie“ aufgestellt und die Kapelle dieses Regiments leierte die Musik dazu.

Alles was an Hohenzollernsprossen noch in Potsdam aufzutreiben war, nahm an der militärischen Veranstaltung teil: Eitel Friedrich, Oskar und August Wilhelm mit ihren Frauen und die Kinder des ehemaligen Kronprinzen. Daß Eitel Friedrich, der Kapitänerschleier, die „Front der Reichswehregimentskompanie abschrift“, braucht nicht besonders betont zu werden. Eine Frage ist nur, ob das angekündigte Verbot für Reichswehregende, an solchen Demonstrationen teilzunehmen, dem Reichswehregiment Nr. 9 schon bekannt war, als es diese Ehrenkompanie samt der Regimentskapelle zur Verfügung stellte.

Das Schloßmuseum wird am Donnerstag, den 1. September, dem allgemeinen Besuch geöffnet und ist weiterhin täglich von 9 bis 3 Uhr zugänglich, wobei von Tag zu Tag wechselnd die eine Hälfte des Museums gezeigt wird. Am Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag ist das Obergeschoß mit 37 Räumen geöffnet, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend das Erdgeschoß und der 1. Stock mit 23 Räumen. Mittwoch ist der Eintritt frei; am Sonntag beträgt das Eintrittsgeld 1 M., Montag 5 M., an den anderen Tagen 2 M. Durch die jeweils geschlossenen Räume finden Führungen statt, zu denen Zusatzkarten zu 1 M. ausgegeben werden.

Der Arievis. Es ist eines der lieblichsten und reizvollsten Gebiete des Schwarzwaldes, das durch die Blüthe von Griesbach zu so trauriger Berühmtheit gelangt ist. Seit altersher sind die Arievisbäder wegen ihrer heilkräftigen Quellen bekannt; freilich ist ihnen der große Strom der Touristen und Sommerfrischler stets ferngeblieben; aber wer Erholung inmitten einer herrlichen Landschaft und in tiefstem Waldesfrieden sucht, der wird kaum ein schöneres Fleckchen Erde finden können, als es die kleinen Bäder an den Abhängen des Arievis sind.

Der Arievis selbst ist nächst der Kornisgrinde die höchste Erhebung im nördlichen Schwarzwald, ein Gebirgsstock mit kahler und äder Hochebene, die mit Sümpfen bedeckt oder mit Heidekraut bewachsen ist. Aber die einzelnen Berge und Hänge sind mit wundervollem Tonnenwald dicht bestanden; die Keinen, am Arievis entspringenden Bergwässer schneiden tiefe Täler in das Bergmassiv und machen es von verschiedenen Seiten aus leicht zugänglich. Trohdem bildet der Arievisstock seit altersher einen natürlichen Wald, um den im Laufe der Jahrhunderte oft gerungen worden ist.

Somit steigt aus der Rheinebene das Vorgebirge an; von Appenweier, dem bekannten Eisenbahnnotenpunkt gegenüber von Straßburg, steigt die Straße nach Oberkirch an, einem reizenden Städtchen, das den Mittelpunkt des Reichstales bildet. Drei Burgen schauen bei Oberkirch ins Land: im Nordosten die Schauenburg, weiter nördlich die Hohenburg und schließlich im Südwesten am linken Ufer der Rench Fürsteneck, das 1689 von den Franzosen zerstört worden ist. Inmitten flechtiger grüner Hänge führt die ausgezeichnete Staatsstraße südwärts weiter nach dem 280 Meter hoch gelegenen Städtchen Oppenau. Hier endet die Nebenbahn, die von Appenweier an den Fuß des Schwarzwaldes führt.

Folgt man von Oppenau der nach Süden gehenden, eigentlichen Arievisstraße, so überschreitet man auf zahlreichen Windungen in steilem Anstieg den westlichen Teil des Bergmassives und gelangt zum Rasthäusel, der mit 665 Meter die höchste Erhebung des Arievisstocks darstellt. Aber der Weg zu den Arievisbädern führt, eine bequemere, aber erhaltene Fahrstraße, weit sanfter empor. Es ist dies die Renchstraße, die vom Bahnhof in Oppenau die Rench entlang aufwärts führt und die viele Häuser überkreuzt. Von den Arievisbädern ist das niedrigste gelegene, 384 Meter hoch, Bad Freiersbach am Eingang des hübsch und romantisch gelegenen Tales Peterstal. Darüber liegt Bad Peterstal. Dann folgt, 508 Meter hoch, Griesbach, ein liebliches Dorf an der Mündung des Griesbaches in die Rench. Friedlich ist's hier oben; kein Kurplatztrubel, kein Bäderlugus,

Vorwärts!

Sam 31. August 1921.

Söhne der Armut, Väter der Zukunft,
Hebet die Stirnen furchtlos zum Licht.
Geister der Toten sind eure Führer,
rufen zur Tat, zum ernsten Bericht.
Nicht soll der Stahl des feigen Barbaren
morden mit Hohn den Frieden der Welt;
Herren und Diebe werft von den Thronen,
die sie gebaut mit blutigem Geld.

Wachet zu treuen Wächtern der Wahrheit,
starken Armes Wset den Knecht;
laßt eure Kraft in Ehren bereiten
Freiheit und Weg dem neuen Geschlecht.
Eherner Wille eine die Scharen,
gründe auf Fels des Rechts Republik.
Nieder die Heuchler, nieder die Lüge,
aufwärts und vorwärts zeigt das Gesicht.

Söhne der Armut, Väter der Zukunft,
Zwietracht zertretet, Brüdern die Hand —
Morgenrot leuchtet, einst flammt die Sonne
ob allem Volke, ob allem Land!

Das Berliner Schloßmuseum.

Es trifft sich gut, daß am gleichen Tage, da Berlin für die Republik gegen die Rückwärtler demonstriert und sein feierliches Geißnis zur Freiheit und zum Sozialismus erneuert, das Schloß der Hohenzollern volkstümlichen und kulturellen Zwecken geweiht wird. Am Mittwoch wurde die Presse zur Vorbesichtigung geladen; am Donnerstag wird das Museum dem allgemeinen Besuche geöffnet. Der Schöpfer dieses Museums, D. v. Roßte, hat die Aufstellung und die Anordnung des Museums nach folgenden Grundzügen vorgenommen:

Der Plan, in des Schloß ein Museum zu verlegen, entspringt dem Wunsch, dieses glänzende Denkmal preussischer Raumkunst unverleert zu erhalten und zugleich öffentlich zugänglich zu machen. Da das Berliner Schloß nicht, wie etwa die Münchener Residenz, ein sehr vollständiges Mobiliar aus dem 16. bis 18. Jahrhundert besitzt, so erschien es am vorteilhaftesten, zur Ergänzung der vorhandenen kostbaren Wandteppiche, Eisen- und Porzellansachen, Bilder, Skulpturen usw. die Sammlungen des Kunstgewerbemuseums heranzuziehen. Die Teile des Schloßes, die nach der künstlerischen Bedeutung ihrer Innendekoration für das Schloßmuseum in Betracht kommen, sind nun so umfangreich, daß es möglich war, alle Sammlungen des Kunstgewerbemuseums in das

Politischer Mord an Koffbacheln?

Breslau, 31. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Kreise des, in der Nähe von Sphillendorf, wo eine Hauptwerkstätte der Arbeitsgemeinschaft Koffbach sich befindet, sind in der Nacht von Montag zu Dienstag vier ehemalige Selbstschutzhangehörige durch Kopfschüsse ermordet worden. Es liegen ernste Anzeichen dafür vor, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Zwei Automobile sind bemerkt worden, die in der fraglichen Zeit die Chauffee, auf der die Mordtat stattfand, hin und zurück fuhren, und in denen wahrscheinlich die Mörder gesessen haben. Bei einem der Ermordeten wurden außer dem Selbstschutzhangepolnische Papiere gefunden, ferner eine französische Ordensauszeichnung. Möglicherweise sind die Ermordeten in dem Verdacht gewesen, mit Polen in Verbindung zu stehen und Verrat geübt zu haben, wie in letzter Zeit verschiedentlich bestimmte Gerüchte behaupten, daß ganze Selbstschutzhformationen nach der Auflösung der deutschen Abwehrorganisationen mit polnischen Kreisen in Verhandlung getreten wären. Unser Breslauer Parteiblatt teilt in diesem Zusammenhange mit, daß vor einiger Zeit mehrere Landarbeiter angegeben haben, daß sie in vielen Orten von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Koffbach mit Ermordung bedroht wurden, weil man annahm, sie würden Geheimnisse der Arbeitsgemeinschaft, die sie anwerben wollten, verraten. Diese Fälle seien seinerzeit den Behörden mitgeteilt worden. Ebenso hätten verschiedentlich einzelne Angehörige des früheren Selbstschutzes die Befürchtung ausgesprochen, daß Mitglieder ihrer Formation um ihrer politisch linksstehenden Gesinnung willen am Leben bedroht seien. Auch in der bürgerlichen Presse erregt der Mordfall das größte Aufsehen.

Wyneken verurteilt.

Rudolstadt, 31. August. (B.S.) In den späten Abendstunden benannten gestern die Plädoyer. Staatsanwalt Dr. Bernhardt führte aus, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Dr. Wyneken sich in zwei Fällen an seinen Jünglingen vergangen habe. Er beantragte gegen den Angeklagten im Falle A. eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, im Falle B. eine solche von 1 Jahr, zusammen 2 Jahre Gefängnis.

Verteidiger Justizrat Dr. Gänzlert-München beantragte die Freisprechung seines Mandanten, da weder im Falle A. noch im Falle B. ein Beweis dafür erbracht sei, daß Wyneken sich eines Sittlichkeitsvergehens an den beiden Knaben schuldig gemacht habe. — Dr. Wyneken legte dann noch einmal seine Ideen in einem zweifelhafte Schlußwort dar, das der Vorsitzende mit den Worten beendete:

„Sind Sie noch nicht bald fertig? Wir haben hier doch kein Kolleg!“ Darauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück und kurz vor Mitternacht verkündete Landgerichtsdirektor Jentsche, nachdem die Öffentlichkeit wiederhergestellt war, folgendes Urteil: „Der Angeklagte wird wegen Sittlichkeitsvergehens in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.“

Die Verkündung der Urteilsbegründung erfolgte unter erneuertem Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit.

Befragung öffentlich — Verantwortung und Beweis geheim — Verurteilung öffentlich — Begründung geheim: das ist wieder einmal eine Bilanzleistung unserer untadeligen Justiz! In geheimer Gemein wird da die wissenschaftliche und persönliche Existenz eines Mannes vernichtet, dessen Name weit über Deutschlands Grenzen hinaus zur Fahne sozialreformerischer Bestrebungen geworden ist!

Es wird nicht an Stimmen fehlen, die eben gerade darin den Grund für das höchst anfechtbare Vorgehen der Richter von Rudolstadt sehen werden. Solchen Verdacht nährt diese peinliche Geheimjustiz.

Die Lehrerschaft der Freien Schulgemeinde Wickersdorf erläßt eine Erklärung mit sechzehn Unterschriften, in der sie Wyneken trotz des Urteils ihr volles Vertrauen erklärt.

Neue Ansuchen in Belfast dauern an. Die Eisenbahner Nord-Irlands haben 24 Stunden gestreikt. Gefangene Sinnfeiner stehen im Hungerstreik.

Keinerlei großstädtische Unterhaltungen. Von Zeit zu Zeit öf-fnen sich ober- und unterhalb von Griesbach wunderwolle Fernblicke bis hinab in die Rheinebene und über den Strom hinüber auf den Straßburger Münsterurm. Und wenn die Luft klar ist, so sieht man auf der anderen Seite des Rheintales in scharfen Konturen die blauen Hänge der Vogesen. . .

Deutscher Rundfunk. Die von Rechts schrieben über den Mann von Links: Er ist ein moralisch verkommenen Mensch! — Er ist ein Verräter! — Zeit seines Lebens wird sich sein unheilvoller Einfluß zum Schaden des Vaterlandes geltend machen!!!

Ein Zeitungsleser von Rechts, der das alle Tage las und meinte, es müsse doch etwas Wahres daran sein, schob, weil er es alle Tage las, den Mann von Links über den Haufen.

Die von Rechts schrieben: So tief also ist der Haß im Volke gegen diesen unseligen Mann gewesen, daß es zu einer Tat gekommen ist, die wir aufs schärfste verurteilen müssen.

Die von Links stellten die Tatsache fest, daß eben, weil die von Rechts alle Tage geschrieben hatten, es zu der unseligen Tat gekommen sei.

Die von Rechts freischien: Sie hehen! Hält man das für möglich! Sie appellieren an die Straß! — Ein nun: So lange jene ihren unheilvollen Einfluß ausüben, wird Deutschland nicht zur Ruhe kommen!

Ein Zeitungsleser von Rechts, der dies alle Tage las, meinte, es müsse doch etwas Wahres daran sein, und auf daß die Ruhe in Deutschland einziehe, schob er einen von „Jenen“ über den Haufen. Woraufhin die von Rechts schrieben: So tief also ist der Haß im Volke gegen diesen unseligen Mann gewesen, daß es zu einer Tat gekommen ist, die wir aufs schärfste verurteilen müssen.

Lübecker Kunstausstellungen. Drei wichtige Vorführungen blühender Kunst sollen in Lübeck anlässlich der Nordischen Woche zum 1. September veranstaltet werden und bis Ende des Monats geöffnet bleiben. Eine große Kolle-Kunstausstellung wird in der Katharinen-Kirche sämtliche religiösen Bilder des Künstlers zum ersten Male vereinen. In der schlichten, weißgetünchten gotischen Kirche wirken sie stark und überzeugend wie Andachtsbilder des Mittelalters. Auch die Jahrhundert-Ausstellung Lübeckischer Kunst ist besonders reizvoll durch das Gebäude, das sie beherbergt: die wiedererstandene Schönheit eines wehrumhüllten Patrizierhauses vom Ende des 18. Jahrhunderts. Ausgewählte Möbelstücke beleben das Bild. Die Overbeck-Gesellschaft im Schabbelhans zeigt Nordische Kunst, und zwar in erster Linie Bilder von Edoard Munch. Bilder von Hammershoi schmücken die Dielen. Ausgewählte Beispiele schwedischer Graphik zeigen den Zusammenhang zwischen deutschem und nordischem Kunstschaffen.

Das Jüdische Künstlertheater (im Theater i. d. Kommandantenstraße) wird am Donnerstag mit „Der Verlassene Schrike“ von Frey Dirshlein eröffnet.

Zoska Kouskoff W. von der Berliner Staatsoper für die Monate September und Oktober 1921 verpflichtet. Er tritt am Donnerstag den „Joseph“ in der Josephslegende.

Alldeutsche Arbeit für Frankreich.

Paris, 31. August. (E.P.) Die letzten Vorgänge in Deutschland geben der Pariser Presse Gelegenheit, die „deutsche Gefahr“ wieder in den Vordergrund ihrer Betrachtungen zu stellen. Im „Radical“ heißt es: „Seit dem Waffenstillstand ist die französische Regierung von dem Gedanken geleitet worden, daß die Sicherheitsfrage für Frankreich allen anderen Fragen vorgehe. Die Zeit ist nicht geeignet, diese Meinung zu ändern. Man darf zweifeln, ob diese Zeit je kommen wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß nur unsere Kraft Deutschland zwingt, seine Verpflichtungen zu erfüllen.“ Der „Eclair“ bedauert, daß die Zerstückelung des Deutschen Reiches nicht vom Friedensvertrage vollzogen worden sei. Er schreibt: „Im Rheinland, in Bayern und in Hannover gibt es Bewegungen, wenn auch sehr schwache, die nach Autonomie streben. Wir müssen diese Bewegungen unterstützen, auch wenn sie nicht von Republikanern stammen. Ein Deutschland, in dem Monarchien mit Republiken gemischt wären, würden uns die Sicherheit geben, die wir bedürfen, und es ist kein Grund, zu glauben, daß ein so gebildetes Deutschland uns nicht ebenjot beizählen würde wie das jetzige.“

London, 31. August. (W.B.) Die Morgenblätter beschließen sich weiter in ausführlichen Telegrammen aus Berlin mit der kritischen Lage in Deutschland. Wirths Erklärungen, daß die Republik in Gefahr sei, finden große Beachtung. „Times“ schreibt in einem Leitartikel, der Wiederausbruch einer heftigen monarchistischen Agitation in Deutschland müsse auf die ober-schlesische Frage ungünstig wirken. Der Berliner Bericht-erfasser des Blattes sagt, es seien zahlreiche willkommene Anzeichen vorhanden, daß, wenn die Regierung Wirth die notwendige Festigkeit zeige, es ihr nicht an Unterstützung mangeln werde.

Oesterreichs Wehrmacht in Reserve.

Wien, 31. August. (U.) Namens der Interalliierten Generalkommission in Oedenburg hat General Gordon der österreichischen Regierung u. a. folgendes mitgeteilt: Ungarn hat Westungarn nicht übergeben, und es kann nicht die Aufgabe Oesterreichs sein, Westungarn durch militärische Kräfte zu besetzen, sondern Oesterreich muß warten, bis Ungarn seinen Verpflichtungen nachkommt. In informierten Kreisen verlautet, daß der Botschafter in Paris an Ungarn ein kurzbedichtiges Ultimatum richten wird, Westungarn in vollem Umfange an Oesterreich zu übergeben. Oedenburg ist noch immer in den Händen der Ungarn. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen erklärt, Ungarn müsse diese Zone so lange halten, bis Oesterreich Bürgschaft für die Zahlung von 3½ Milliarden Kronen als Ablösung für die ungarischen Staatsgüter in Westungarn gegeben habe.

Wien, 30. August. (Pol. Kor.) Der französische Gesandte, der britische und der italienische Geschäftsträger haben heute beim Bundeskanzler vorgeprochen und ihm in der Frage der Verwendung der Wehrmacht geraten, sich genau an die Bestimmungen des Ueber-gangsaabkommens und an die Weisungen der Interalliierten Generalkommission zu halten. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz stehe jetzt unmittelbar bevor. Oesterreich müsse seine bisherige kluge und vorsichtige Haltung bewahren und alles vermeiden, was seine gegenwärtige angesichts der Haltung Ungarns außerordentlich schwierige Lage zu gefährden geeignet wäre.

Wiener Neustadt, 30. August. (W.B.) Mehrere Formationen des Bundesheeres gehen an die bisherige Grenze Westungarns ab, um gegebenenfalls die Gendarmereieinheiten unterstützen zu können.

Wien, 30. August. (Amtlich.) Auf Grund des heute der österreichischen Regierung zur Kenntnis gebrachten Beschlusses der Interalliierten Generalkommission in Oedenburg wurde von der Verwendung des Bundesheeres im Burgenlande zunächst Abstand genommen. Die Garnison Wiener Neustadt wurde durch ein Bataillon verstärkt. Für eine Unterstützung im Burgenlande in Betracht kommende Teile des Bundesheeres sind auch weiterhin in strenger Bereitschaft.

Inzwischen hat Rüberhauptmann Ostendburg, angeblich auf Befehl des ungarischen Kommissars Sigray, die kgl. ungarische Herrschaft in Oedenburg wieder ausgerufen. Dieser Ostendburg kommandiert die offizielle Gendarmerie.

Ein Ententcoffizier gefallen.

Wien, 31. August. (U.) Wie im Parlament verlautet, ist bei den Zusammenstößen in Westungarn ein österreichischer Gendarmereie begleitender Ententcoffizier gefallen. In St. Margarethen, das von österreichischer Gendarmerie besetzt ist, brach abends ein Trupp von 50 Ungarn ein. Es kam zu einem Feuergefecht, die Ungarn wurden vertrieben, schleppten aber einen Gendarmen mit, den sie dann im Walde erschossen. Der Sekretär Schneider des christlichsozialen Abg. Dr. Mataja, der in St. Margarethen weilte, wurde gleichfalls verhaftet und soll auch erschossen worden sein. Oedenburg und dessen Umgebung war schon in den letzten Tagen von bewaffneten Banden überfüllt. Die Ententemissionen war wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden. Die Oedenburger Stadtpolizei trug Bänder in den ungarischen Nationalfarben mit der Aufschrift: „Kein, kein, niemals“

U-Boot-Prozess in London.

London, 30. August. (Reuter.) In der Strafsache gegen den Führer des deutschen U-Bootes 55, Kapitänleutnant Werner, wegen der auf der Höhe der Scilly-Inseln erfolgten Torpedierung des englischen Hospitalschiffes Tarrington, wobei 34 englische Seeleute umkamen, wurde heute der einzige Ueberlebende der Tarrington, Kapitän Starkey, als Zeuge vor dem Polizeigericht vernommen. Die Anklage gegen Werner, der bisher von den deutschen Behörden nicht verhaftet worden ist, lautet auf Mord.

London, 30. August. (Reuter.) In dem Prozeß wegen der am 8. April 1917 erfolgten Torpedierung des Hospitalschiffes Tarrington führte der Anwalt der britischen Regierung aus, daß das Schiff von Gibraltar nach Barry Roads fuhr und nur ein Geschütz lediglich zu Verteidigungszwecken an Bord hatte. Der Mann am Ausguck habe Rettungsboote gesichtet; daher sei der Kurs des Schiffes ein wenig geändert worden, damit etwaigen Ueberlebenden Hilfe geleistet werden könnte. Mithin habe der Kapitän die Spur eines Torpedos bemerkt. Das Torpedo habe das Schiff getroffen, das beschädigt worden, aber nicht gesunken sei. Kurz darauf sei das Unterseeboot an die Oberfläche gekommen und habe sofort das

Feuer auf die Tarrington

eröffnet, ohne sie aber weiter zu beschädigen oder jemanden zu töten. Kapitän Starkey habe der Mannschaft befohlen, in die Rettungsboote zu gehen. Darauf mußten Starkey und die Mannschaft eines der Rettungsboote auf das Unterseeboot kommen und sich auf Deck aufstellen. Starkey wurde später unter Deck verhört und beschuldigt, Verrat zu sein. Ein Unterseebootoffizier bemerkte, daß die Mannschaft der Tarrington selbst für sich sorgen konnte. Die deutschen Seeleute fuhren in einem der Rettungsboote zur Tarrington. Als sie zurückkamen, bemerkte man, daß sie Borräte bei sich hatten, die aus dem zweiten Rettungsboot genommen worden

woren. Das Unterseeboot tauchte für 20 Minuten unter, und die auf Deck befindlichen englischen Seeleute wurden heruntergespült und ertranken.

Zu dieser Zeit war kein anderes Schiff zu sehen. Das Unterseeboot kreuzte beinahe einen ganzen Tag in der Nähe. Die See war vollkommen ruhig, die Rettungsboote waren in gutem Zustande. Während Starkey Gefangener auf dem U-Boot war, wurden zwei andere Schiffe fast in der gleichen Weise torpediert, und mit ihrer Mannschaft wurde ähnlich verfahren. Starkey wurde nach Deutschland geschickt, kehrte bei Beendigung des Krieges zurück und erstattete darauf Bericht.

Südinien im Aufstand.

Von jeher waren die nördlichen Randgebirge Indiens ein unruhiger Boden. Früher unterstützte Kabul die Bergstämme, bis er selbst unterlag, dann Afghanistan, und in den letzten Jahren äußerte sich die weitwirkende Kraft des Bolschewismus, der den Orientböcken die Befreiung von britischer Herrschaft ankündigte, in immer neuen Aufständen. Nun aber ist auch das südliche Vorderindien in Bewegung und die englische Presse ist voll von Schauernachrichten über Verbrechen der Eingeborenen und über ihre Riederhebung durch die Maschinengewehre Seiner britischen Majestät, des Kaisers von Indien. Ein Beispiel dieser Kämpfe:

London, 30. August. (W.B.) Das Indische Amt meldet, daß die Truppen und Polizeistreitkräfte auf dem Marsche von Calicut nach Malapuram am 26. August von einer bedeutenden Streitmacht der Koplaks, die mit Karabinern, Jagdbüchsen, Schwertern und Dolchen bewaffnet waren, angegriffen wurden. Die Rebellen stürmten mit ihrer traditionellen Wildheit und Todesverachtung in den Kampf, der fünf Stunden dauerte, ihre Verluste werden auf 500 Tote geschätzt. Auf britischer Seite fielen ein Offizier und zwei Soldaten, 6 wurden verwundet. Die Abteilung hat Malapuram erreicht und die dortige Garnison nach Calicut zurückgebracht.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Beamtenlag.

Die Unterbezirksleitung der SPD. für die vier Harzkreise Oschersleben, Halberstadt, Bernburgerode und Quedlinburg hatte zu Sonntag, den 28. August, einen Beamtenlag nach Halberstadt einberufen, der sich zu einer impatanten Kundgebung der sozialdemokratischen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten gestaltete. Wirkungsvolle Chorlieder der Arbeiterfänger leiteten die Kundgebung ein, denen ein Prolog des Harzer Arbeiterdichters Fritz Cille folgte, vorgetragen vom Schauspielere Genosse Görtler vom Halberstädter Stadttheater. Oberbürgermeister Genosse Weber-Halberstadt wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung dieses ersten Beamtenlages gerade in dieser Stunde hin. Alsdann legte in wirkungsvoller Rede der Landtagsabgeordnete Genosse Reumann-Magdeburg das Verhalten der politischen Parteien zum Beamtenrecht dar. Oberbürgermeister Genosse Beims-Magdeburg sprach über die Beamtenchaft und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie. Genosse Wäger-Berlin, von der Reichsmerbezentrale der Partei beim Hauptvorstand, sprach als dritter Redner über Mittel und Wege in der Beamtenagitation. Helle Begeisterung sprach aus den Worten aller Diskussionsredner und mit erfreulicher Einmütigkeit stellte sich die große Zahl der anwesenden Beamten aus allen Orten der vier Kreise hinter die Sozialdemokratie. In einer einstimmig angenommenen Protestresolution wurde der Reaktion und den nationalistischen Hebern der schärfste Kampf angelegt, die mit ihren reaktionären Vereinigungen Sturm laufen gegen die Existenz der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Rückhaltlos bekannnten sich die Beamten zur demokratischen Republik. Sie forderten ein freies Beamtenrecht, den freien ungehinderten Aufstieg in die höheren Stellen, die hinreichende Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz gegen die immer schärfer einziehende Leuerung, die stärkere Heranziehung der kapitalträchtigen Kreise zu allen Lasten, damit den Beamten gegeben werden kann, was sie zur Erhaltung ihrer Kräfte für den Dienst der Gesamtheit brauchen. Sie gelobten, mit ganzer Kraft für die Sozialdemokratie einzustehen. So schloß diese würdig verlaufene Kundgebung mit einem vollen Erfolg für die Partei.

Die Zeit ist da!

Endlich raffen sich unter der Einwirkung der arbeitenden Klassen die Behörden zu einem energischen Vorstoß gegen die monarchistischen Feinde der Republik auf. Es gilt, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die schlimmste Gegnerschaft gegen alle sozialen und politischen Errungenschaften findet sich in jener bürgerlichen Presse, die Tag für Tag die Republik und besonders die sozialdemokratische Arbeiterchaft und ihre Führer begelert.

Parteigenossen! Die beste Abwehr dieser Feinde ist die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Durch sie wird ein täglich wirkendes Gegengewicht gegen die kapitalistischen reaktionären Einflüsse geschaffen. Darum

nußt die Stunde,

werbt unablässig neue Leser für euer Blatt, das in allen Stürmen der Republik und dem Sozialismus dient. Entfaltet eine emsige und wirksame Werbetätigkeit! Die Zeit ist da und sie ist günstig! Jeder, der sich zur Republik und zum Sozialismus bekennet, werde Leser des

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der täglich erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 M. pro Monat September.

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
vorn — Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.
bei _____

